

Gemeinsam auf die Straße – gegen den imperialistischen Krieg!
Heraus zum Antikriegstag, 1. September 2020!
Beginn Kundgebung: 18.00 Uhr – Neupfarrplatz Regensburg

Es gibt keinen Weg zum Frieden, denn Frieden ist der Weg.

Mohandas Karamchand „Mahatma“ Gandhi

Am 1. September 1939 begann offiziell der 2. Weltkrieg mit dem Überfall der Wehrmacht auf Polen. Seit 1957 wird deshalb in jedem Jahr, auf eine Initiative des DGB hin, der Antikriegstag in der Bundesrepublik begangen.

Bis zu diesem Tag im Jahr 1939 dachten wohl die meisten Menschen, der – aus unserer heutigen Sicht – erste Weltkrieg sei der einzige und letzte gewesen. Die meisten konnten sich nach all den Gräueln und Toten, dem Leid, dem Hunger und der Not nicht vorstellen, dass seit Jahren schon wieder an einem großen Krieg – dem zweiten aus unserer heutigen Sicht – gearbeitet wurde.

Aber das wurde es.

Und heute wird wieder am Krieg gearbeitet. Und die meisten können sich gar nicht vorstellen, wie schnell dieser Krieg auch diesmal Realität werden kann.

Ebenso können sich die meisten nicht vorstellen, was es bedeuten würde, die ca. 45 Milliarden Euro, die der offizielle Wehretat der Bundesrepublik in 2020 beträgt, für etwas Sinnvolles zu verwenden.

Stellen wir uns doch einfach mal einen Moment vor, wie schnell wir wohl den Corona-Impfstoff hätten, wenn die Bundesrepublik statt tatsächlich nur 750 Millionen Euro den Wehretat auch nur eines Jahres in die Entwicklung investieren würde. Oder wie viele Kranken- und Altenpfleger:innen, Erzieher- und Lehrer:innen, ihrem Einsatz für das Wohl der ihnen anvertrauten Menschen gemäß, gut bezahlt werden könnten.

Statt dessen lassen wir zu, dass das dringend benötigte Geld für Kriegsgerät ausgegeben und damit wieder in die Taschen der Familien gestopft wird, die schon an den beiden ersten Weltkriegen bestens verdient haben und immer noch überall auf der Welt an Leid, Tod und Elend verdienen.

Geh mit uns auf die Straße am 1. September - gegen Aufrüstung und Krieg

Auftakt und Abschluss Neupfarrplatz (Beginn 18:00 Uhr; Ende ca. 19:30 Uhr)
Stationen: Haidplatz und Bismarckplatz

als Redner:innen zugesagt haben:

Jack Pritscher, IG Metall, Betriebsratsmitglied Schneider Electric

Gotthold Streitberger, GEW, Mitglied BI Asyl

Monika Brandl, ehem. Vorsitzende des Gewerkschaftsrats ver.di

kulturelle Umrahmung: Songgruppe Regensburg

Verfolgt unsere bisherigen Aktivitäten im Internet:

www.gewerkschaft-gegen-krieg.de

V.i.S.d.P.: Netzwerk Gewerkschaft gegen Krieg

– c/o Rechtsanwältin Katrin Augsten, Gewerbepark C25, 93059 Regensburg –E.i.S.



NIE WIEDER KRIEG! IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN STATT AUFRÜSTEN!

Für uns Gewerkschaften ist der Antikriegstag 2020 ein besonderer Tag der Mahnung und des Erinnerns. Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung Europas und der Welt vom Faschismus jähren sich zum 75. Mal. Mit seinem Überfall auf Polen riss Nazi-Deutschland 1939 die Welt in den Abgrund eines bestialischen Krieges, der unermessliches Leid über die Menschen brachte und 60 Millionen Tote forderte. 75 Jahre nach Kriegsende liegt es an uns, die Erinnerung an diese zahllosen Toten wachzuhalten und der Millionen von Holocaust-Opfern zu gedenken, die von den Nazis ermordet wurden. Und wir müssen die Erinnerung daran wachhalten, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! So lautet unumstößlich die Lehre, die wir Gewerkschaften aus der Geschichte gezogen haben – und für die wir uns heute wieder mit all unserer Kraft stark machen müssen.

Wir erleben derzeit den internationalen Abgesang auf eine Politik der Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit und auf eine neue multilaterale Weltordnung, die wir nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erhofft hatten. Stattdessen leben wir in einer Welt, die immer stärker aus den Fugen gerät. Nationalismus und Militarismus greifen wieder um sich und setzen eine neue Spirale der Aufrüstung in Gang. 75 Jahre nach dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 erreicht der nukleare Rüstungswettlauf ungeahnte Ausmaße. Alle neun Atom-mächte stecken Unsummen in die Modernisierung ihrer Nukleararsenale und Anfang des nächsten Jahres könnte mit dem russisch-amerikanischen „New Start“-Vertrag das letzte verbliebene Rüstungskontrollregime für Atomwaffen auslaufen. Auch deshalb ist es nicht hinnehmbar, dass die deutsche Bundesregierung sich weiterhin weigert, den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen.

Welche Dimensionen das Wettrüsten inzwischen erreicht hat, zeigen die aktuellen Zahlen. Die globalen Rüstungsausgaben belaufen sich inzwischen auf 2 Billionen US-Dollar. Die deutsche Bundesregierung spielt dabei eine unrühmliche Vorreiterrolle. Deutschland ist nicht nur viertgrößter Rüstungsexporteur weltweit, sondern ist bei den Ländern

mit den meisten Rüstungsausgaben auf den siebten Platz vorgerückt. Wenn die Bundesregierung die NATO-Zielvorgabe erfüllen würde, zwei Prozent des deutschen BIP für Verteidigung auszugeben, so könnte dies eine weitere Erhöhung des Wehretats um mehr als 20 Milliarden Euro bedeuten.

Die Corona-Krise führt drastisch vor Augen, wie verantwortungslos diese Geldverschwendung ist. Besonders deutlich zeigt sich dies im Globalen Süden. So sind etwa in vielen Ländern Lateinamerikas große Bevölkerungsteile schutzlos dem Virus ausgesetzt, weil es an einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung fehlt und die dortige Zwei-Klassen-Medizin Angehörige der Ober- und Mittelschicht privilegiert. Gleichzeitig sind die Rüstungsausgaben in der Region in jüngster Zeit stark angestiegen – Geld, das für den dringend nötigen Ausbau der Gesundheits- und Sozialsysteme fehlt. Aber auch im Falle Deutschlands legt die Corona-Krise schonungslos offen, wie gravierend die Fehlverteilung öffentlicher Mittel ist. Im Bundeshaushalt 2020 waren ursprünglich 12 Prozent der Ausgaben für den Verteidigungsetat vorgesehen, während nur ein Drittel davon in das Gesundheitssystem fließen sollte.

Es ist höchste Zeit, das Ruder herumzureißen! Die Pandemie, der Klimawandel, die Digitalisierung – all diese gewaltigen Herausforderungen bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und vergrößern die soziale Ungleichheit. Wir müssen gegensteuern! Dafür sind neben einem starken und solide finanzierten Sozialstaat immense öffentliche Investitionen nötig – in Gesundheit und Pflege, in unser Bildungssystem, in eine sozial-ökologische Gestaltung der Energie- und Verkehrswende, in die kommunale und digitale Infrastruktur und in den sozialen Wohnungsbau. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich endgültig von der Zwei-Prozent-Vorgabe der NATO zu lösen und die für Rüstungsausgaben vorgesehenen Mittel in ein sozial gerechtes Deutschland und Europa mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven zu investieren.

Um dieser Forderung politischen Nachdruck zu verleihen, ruft der DGB als Partner der Friedensinitiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ (<https://abruesten.jetzt>) öffentlich dazu auf, sich am diesjährigen Antikriegstag mit zahlreichen Aktionen zu beteiligen.